

## Travo-Award geht an Gastrounternehmen

Der Preis der Dietiker Fachstelle Arbeitsintegration geht an das Restaurant Le Muh. Es beschäftigt einen Mann, der zuvor Sozialhilfe bezog.

Larissa Gassmann

Eigentlich sähen die Prognosen bezüglich Sozialhilfe rabenschwarz aus, sagte der Dietiker Sozialvorsteher Philipp Müller (FDP) an der diesjährigen Verleihung des Travo-Awards am Donnerstag. Aufgrund der Pandemie werde es laut der Schweizerischen Sozialhilfekonferenz wahnsinnig schwierig, Betroffene wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Trotzdem sind es gleich zwei Erfolgsgeschichten, die an der Verleihung des Travo-Awards präsentiert wurden.

Zum einen ist es die des ehemaligen Dietiker Sozialhilfebezügers Herr Y., der seit Juni im Zürcher Restaurant Le Muh arbeitet. Zum anderen ist es die der Fachstelle Arbeitsintegration selbst, welche Integrationsleistungen dieser Art auszeichnet. Denn trotz Pandemie wurde 2020 das beste Jahresergebnis überhaupt erzielt. Gleich jeder zweite Klient wurde erfolgreich vermittelt. Das habe selbst ihn erstaunt, sagt Fachstellenleiter Attila Stanelle. «Wir haben damit gerechnet, dass wegen der gebeutelten Branchen Event und Gastronomie mehr Menschen vermittelt werden müssen», so Stanelle.

### Wiedereinstieg aus eigener Kraft fällt vielen schwer

Ins Leben gerufen wurde die Fachstelle für Arbeitsintegration 2015 von der Sozialabteilung der



Übergabe des Travo-Awards in Form eines Geschenkkorbes: René Striegler, Dino Elia, Josef Freinhofer, Attila Stanelle und der Dietiker Sozialvorsteher Philipp Müller (FDP). Bild: Severin Bigler

Stadt Dietikon. Dies als Massnahme gegen die hohe Sozialhilfefrequenz. Denn: Wer arbeitslos ist, erhält höchstens zwei Jahre Geld von der Arbeitslosenversicherung. Danach erfolgt die Aussteuerung, die oft mit einem Abrutschen in die Sozialhilfe verbunden ist. Vielen Betroffenen fällt es schwer, den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt aus eigener Kraft zu meistern. Deswegen sollen sie dank temporärer Travo-Einsätze in die Arbeitswelt integriert werden. Ziel

des fünfköpfigen Teams ist eine Festanstellung und eine schnelle Vernetzung, damit es nicht zu einem «Durchhänger» kommt.

### Seit 2016 war Herr Y. nicht mehr im ersten Arbeitsmarkt

Geholfen wurde so auch Herrn Y., der ausgerechnet in der leidenden Gastrobranche eine Vollzeitstelle erhielt. «Ich finde es lässig, haben Sie trotzdem mitgemacht», sagt denn auch Müller zu René Striegler. Dieser nimmt die Auszeichnung

als CEO der Gootaste GmbH, zu der das «Le Muh» gehört, entgegen.

Da ihm die Grundkompetenzen Lesen und Schreiben weitestgehend fehlten, fand Herr Y. seit 2016 keinen Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt. Im «Le Muh» aber hat er einen positiven Eindruck hinterlassen. «Wir haben schnell gemerkt, dass er es schaffen wird», sagt Striegler, der Erfahrung mit der Einarbeitung von

### Warum «Travo»?

Benannt wurde der Award nach dem seit 2003 bestehenden Integrationsangebot der Stadt Dietikon. In der Bezeichnung stecken die Wörter Travail und Lavoro (französisch und italienisch für Arbeit). Im vergangenen Jahr ging der Award an das Alters- und Gesundheitszentrum Dietikon. Auch das HDZ Hundezentrum Würenlos und Vero Moda durften sich bereits über die Auszeichnung freuen. (lga)

IV-Bezügern hat. So habe er sich stets gesteigert und gezeigt, dass er arbeiten will. Angefangen hat Herr Y. als Tellerwäscher – mittlerweile wird er in der kalten Küche eingesetzt. Auch Elia Dino, Berater bei der Fachstelle, bezeichnet Herrn Y. als einen «sehr netten und umgänglichen Klienten».

«Dass der Prozess innerhalb der Sozialabteilung rasch aufgenommen wird, ist unser Erfolgsgeheimnis», sagt Müller. Dass dies funktioniert, sehe man an diesem und weiteren Beispielen. «Wir sind froh, Arbeitgeber zu haben, die ihre soziale Verantwortung wahrnehmen und Menschen, die nicht auf der Sonnenseite stehen, eine Chance geben», so Müller. Denn dies sei immer mit einem Risiko verbunden. Umso positiver sei es,

dass auch das Ergebnis im laufenden Coronajahr gut aussieht. «Ihr dürft nicht zu bescheiden sein», sagt er zum Team der Fachstelle. Dieses habe sich an die Umstände angepasst und leiste mit den anderen Mitarbeitenden der Sozialabteilung hervorragende Arbeit.

So wurde ein Plan erarbeitet, wie man mit von der Pandemie Betroffenen umgehen soll. «Wir gehen immer von den Zielen und Fähigkeiten der Klienten aus. Dabei haben wir uns überlegt, inwiefern wir diese woanders einsetzen können», so Stanelle. So seien Gastrofachleute dienstleistungsorientierte Menschen – dies komme ihnen etwa im Verkauf zugute. «Wir verstecken uns trotz Corona nicht», sagt auch Berater Josef Freinhofer. Mit den Arbeitgebern pflege man ein ehrliches Verhältnis. Dabei nehme man Anteil an der Entwicklung der Firmen.

So soll es denn auch bei Gootaste weiter aufwärtsgehen. Folgen soll auf das Restaurant The Neighbourhood im Sihlcity, in dem der Award verliehen wurde, im Januar das Hotel Löwen in Dielsdorf. Ihm sei es wichtig, Projekte dieser Art auch in Zukunft zu unterstützen, sagt Striegler, der dies als «Herzensangelegenheit» bezeichnet. Gerade in der Gastronomie habe man einen Fachkräftemangel: «Dies sollten wir als Chance nutzen. Wir sehen ja, dass es funktioniert.»

## Warum Janine Vannaz gegen das neue Covid-19-Gesetz ist

Die Kantonsrätin und Aescher Gemeinderätin Janine Vannaz (Die Mitte) gehört zum Liberalen Komitee gegen das Covid-19 Gesetz.

Am 28. November steht die Abstimmung zu den Änderungen am Covid-19-Gesetz an. Verschiedene Gruppen kritisieren die aktuelle Version des Gesetzes. Auch das Liberale Komitee gegen das Covid-19-Gesetz setzt sich gegen die Anpassungen ein, über die das Stimmvolk abstimmt. Das Komitee zählt aktuell bereits über 20 Mitglieder, die in Kantons-, Gemeinde- und Stadträten aktiv sind oder waren, und knapp 40 Unterstützende. Zu den Mitgliedern gehört auch Janine Vannaz (Die Mitte), die als Aescher Gemeinderätin, Kantonsrätin und Verwaltungsrätin des Spitals Limmattal bekannt ist.

Für sie ist das geänderte Gesetz nicht der richtige Weg. «Einfach auf Vorrat etwas zu bestimmen, damit man es dann hat – auch über Jahre hinweg –, das finde ich unverhältnismässig», sagt sie.

Im Komitee setzen sich Personen aus verschiedenen Parteien darum gegen das Gesetz ein. So sind Vertreter der EVP, der FDP, der Grünen, der GLP und der Mitte dabei. Und dies, obwohl diese Parteien alle die Ja-Parole beschlossen haben.

Bis im März 2022 bleibt das Gesetz auch nach einer allfälligen Ablehnung an der Urne in Kraft. Bis dahin könne sich noch



Janine Vannaz (Die Mitte).

Archivbild: Sandra Ardizzone

viel verändern, sagt Vannaz. «Ich könnte mir vorstellen, dass das Zertifikat dann gar nicht mehr nötig ist. Und sonst muss man die Situation eben neu beurteilen», findet sie.

Dass man das Zertifikat im Moment immer wieder vorweisen muss, sieht sie kritisch. Viele meinten, dass einem dies heutzutage egal sein könne. «Man muss es aber schon zu Ende denken. Rechtfertigt die Krankheit wirklich, dass ich als gesunder Mensch mich zertifizieren lassen und ausweisen muss?» Zudem mache ihr die Spaltung der Bevölkerung durch das Gesetz Sorgen. «Ich habe das Gefühl, in der Gesellschaft gibt es aktuell ein Gut und ein Böse», findet Vannaz. Viele trauten sich gar nicht, ihre Mei-

nung zu äussern, da sie gleich in eine Ecke gestellt würden.

Dabei liege es sonst in der Schweizer Mentalität, immer auch Minderheiten miteinzubeziehen. «Diskriminierung sollte es bei uns nicht geben. Man muss immer probieren, über die Dinge zu sprechen», findet Vannaz. Auch darum engagiert sie sich im Komitee. «Sobald man feststellt, dass man nicht anderer Meinung sein darf und man ausgegrenzt wird, muss man hellhörig werden.» Corona sei ein sehr emotionales Thema, aber man dürfe auch die Meinungsmacher, also die Politiker, hinterfragen.

### «Ich habe an der letzten Abstimmung dafür gestimmt»

Von den Medien wünscht sich Vannaz eine differenziertere Berichterstattung – vor allem bei den täglichen Coronafallzahlen. «Man müsste erklären, was hinter einer solche Zahl steckt und welches Material konsultiert wurde», findet Vannaz. Die Berichterstattung müsste ihrer Meinung nach die Coronazahlen den Zahlen bei vergleichbaren Krankheiten gegenüberstellen.

Ihre Bedenken seien indes erst mit den neuen Änderungen des Covid-19-Gesetzes gekommen. Die Kantonsrätin erklärt:

### Die Covid-19-Gesetz-Abstimmung in Kürze

Am 28. November stimmt die Schweizer Stimmbewölkerung bereits zum zweiten Mal über das Covid-19-Gesetz ab. Dabei geht es nicht um das Gesetz als Ganzes, sondern um Anpassungen, die das Parlament im März 2021 daran vorgenommen hatte.

Diese Änderungen umfassen unter anderem eine Ausweitung der Wirtschaftshilfen, die Weiterentwicklung des Contact-Tracings und die Förderung von Covid-Tests. Mit den Anpassungen wurde zudem eine gesetzliche Grundlage für das Covid-Zertifikat geschaffen und die Kontakt-

quarantäne für Geimpfte und Genesene aufgehoben.

Wird die Vorlage angenommen, ändert sich vorläufig nichts. Wird sie abgelehnt, treten alle neuen Änderungen per 20. März 2022 ausser Kraft. Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament haben die Ja-Parole beschlossen. Einzig die SVP hat sich dagegen ausgesprochen.

Aus Sicht der Gegnerinnen und Gegner führen die Anpassungen im Covid-19-Gesetz zu einer Zweiklassengesellschaft mit massiver digitaler Überwachung und indirektem Impfungszwang. In den Augen der Befür-

worterinnen und Befürworter erlauben die Coronatests und das Covid-Zertifikat Veranstaltungen und Auslandsreisen. Zudem würden Unterstützungslücken bei den Wirtschaftshilfen geschlossen.

### Bereits im Juni 2021 gab es eine Abstimmung

Das Volk hat das Gesetz als solches schon am 13. Juni 2021 mit 60 Prozent angenommen, nachdem das Referendum ergriffen worden war. Da gegen die neuen Anpassungen durch das Parlament auch das Referendum ergriffen wurde, kommt es nun wieder zur Abstimmung. (sho)

«Ich habe persönlich alles mitgetragen, was vom BAG verordnet wurde. Ich habe an der letzten Abstimmung zum Covid-19-Gesetz dafür gestimmt.»

Die Situation zu Beginn der Pandemie habe eine schnelle Reaktion erfordert. Dies sei nun anders. «Aktuell rechtfertigt die Lage eine Verlängerung des Gesetzes nicht», meint Vannaz. Auch die Machtbalung beim Bundesrat, die ihrer

Meinung nach stattfindet, sieht sie kritisch.

Zudem sei die Impfung zwar ein gutes Mittel, um dem Virus entgegenzuwirken. Sie finde aber, dass man sich zu sehr an der Impfung als Lösung festgebissen habe. «Wir haben beinahe 70 Prozent geimpfte Personen, die über 12 Jahre alt sind. Die Impfung haben wir nun ausgeschöpft.» Nun müsse man andere Lösungen finden.

Vannaz bedauert, dass dem Komitee und seinem Anliegen aktuell noch nicht viel Gehör geschenkt werde. «Oft mögen die Medien polarisierende Ansichten», sagt Vannaz. Das Komitee versuche aber, eine Balance zu finden. «Es gibt viele Menschen, die nicht in den Extremen leben möchten.»

Carmen Frei